

NEWSLETTER

AUSGABE 04/2019



SABINE-WOELFLE.DE



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

die Europa- und Kommunalwahl wirft ihre Schatten voraus. Während ihr in den Ortsvereinen fleißig mit der Kommunalwahl beschäftigt seid und unsere Europakandidatin Luisa Boos durch Südbaden tourt, läuft das politische Tagesgeschäft in Stuttgart weiter. Doch auch im Wahlkreis ist viel zu tun. So war ich in den vergangenen Wochen mit Erstwählern in Simonswald im Gespräch, habe mir die Verkehrssituation in Broggingen angeschaut und euch bei Kräften an den Infoständen unterstützt. Diese und viele weitere Themen findet ihr in diesem Newsletter. Ich wünsche euch viel Erfolg und Kraft für die heiße Wahlkampfphase und natürlich wie immer viel Spaß beim Lesen!

Eure

Selawölz

IMPFPFLICHT FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG



Seit Jahren steigen die Zahlen von Masern-Krankheitsfällen an. Gleichzeitig sinkt die Impfquote bei Kindern in Baden-Württemberg stetig. Baden-Württemberg liegt dabei sogar deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Die diversen Informations- und Aufklärungsmaßnahmen auch aus dem Sozialministerium fruchten anscheinend nicht und bieten der sich verbreitenden Impfmüdigkeit und Impfskeptik keinen Einhalt. Die Voraussetzungen für eine Impfpflicht bzw. eine Nicht-Zulassung von ungeimpften Kindern zu Kindertagesstätten sind längst diskutiert. Mit Brandenburg hat das erste Bundesland eine Impfpflicht gegen Masern eingeführt. Die Einführung einer Impfpflicht gegen Masern muss auch für Baden-Württemberg ernsthaft in Betracht gezogen werden. Leider steht Sozialminister Manfred Lucha hier auf der Bremse. Die Landesregierung muss offensiv auf die Impfgegner zugehen und den Mut zum Handeln haben.

STARKE-FAMILIEN-GESETZ

UNTERSTÜTZUNG FÜR UNSER FAMILIEN



Jedes Kind soll seinen Weg gehen und gleiche Chancen haben. Ein wichtiger Meilenstein ist dabei das Starke-Familien-Gesetz. Hier wurde im Bund ein Maßnahmenpaket gegen Kinderarmut und zur Unterstützung von Familien mit geringen Einkommen geschnürt.

Denn, die SPD steht dafür ein, dass alle Kinder es schaffen können, unabhängig von Herkunft und finanziellen Mitteln ihrer Eltern. Mit dem reformierten Kinderzuschlag werden künftig viel mehr Kinder erreicht. Dieser Zuschlag auf das Kindergeld verhindert, dass Familien wegen der Ausgaben für ihre Kinder in den Bezug von Hart IV fallen. Damit die Leistung von möglichst vielen abgerufen wird, denen der Zuschlag zusteht, wird das Antragsverfahren vereinfacht. Zusätzlich werden die Leistungen für Bildung und Teilhabe verbessert, das Schulbedarfspaket erhöht, das Schulmittagessen und die Schülerfahrkarte für Kinder aus einkommensschwachen Familien wird sogar kostenlos. Ab dem Sommer kann das für diese Familien durchaus mehrere hundert Euro mehr im Monat ausmachen. Mit dem Starke-Familien-Gesetz sichern wir das Existenzminimum eines jeden Kindes.

KLIMAZIELE VERFEHLT *WEIT HINTER DEM BUND*



Während sich Grüne und CDU in Sachen Klimaschutz inzwischen gegenseitig in Forderungen und Überschriften überbieten wollen, müssen wir traurig Bilanz ziehen: Baden-Württemberg erreicht seine Klimaziele nicht und verfehlt sie um weit mehr als der Bund.

Unser Land liegt aktuell auf dem mageren 13. Platz unter den 16 Bundesländern. Warum ist das so? Nun, ausgerechnet im grün-geführten Baden-Württemberg gelten für Windkraftanlagen statt der vom Bund vorgegebenen 700 Meter Abstand zur Wohnbebauung 1.000 Meter, die viele Kommunen als Vorgabe machen. Auch um große Photovoltaikanlagen kümmert sich die Regierung nicht: Von bundesweit 250 ausgeschriebenen Anlagen gingen seit 2017 nur zehn Stück ins Land. Und mit undifferenzierten Auflagen wird auch die Nutzung der Wasserkraft immer schwerer gemacht, viele kleine Kraftwerke müssen vom Netz gehen. Fazit: Während viele junge Menschen für mehr Klimaschutz demonstrieren, kommt ausgerechnet die grünegeführte Regierung nicht voran. Denn das Klima retten wir nur durch Resultate, nicht durch PR.

ARTENVIELFALT

IN BADEN-WÜRTTEMBERG



In der vergangenen Legislaturperiode hat die SPD-Fraktion dafür gesorgt, den Arten- und Naturschutz im Land erheblich zu verbessern.

So wurde z.B. der Gründlandumbruch verboten, was bedeutet, dass die Umwandlung von wertvollem Dauergrünland in andere landwirtschaftliche Nutzungen wie zum Beispiel Ackerland nicht mehr erlaubt ist. Es wurde wesentlich mehr Geld in die Landschaftspflege gesteckt und das Wassergesetz novelliert. Dennoch gibt es für die derzeitige Landesregierung viel zu tun. So kommt der Biolandbau nur in Trippelschritten voran. Auch die Reduzierung des Pestizideinsatzes ist nur ein Lippenbekenntnis. Dieses Land braucht endlich eine Pestizidreduktionsstrategie. Eine solche kann aber nur dann umgesetzt werden, wenn man den Pestizideinsatz systematisch erfasst. Darüber hinaus fehlen im Naturschutz noch immer Kontrollen – z.B. darüber, ob eine Ausgleichsfläche auch dauerhaft ihre Funktion erfüllt. Auch bei der Düngeverordnung gibt es großen Nachholbedarf: Sie ist zwar jetzt strenger geregelt, aber immer noch werden Verstöße ohne Sanktionen geahndet und Kontrollen gibt es praktisch keine. Nicht umsonst hat die EU die Düngeverordnung kassiert und eine Verschärfung angemahnt, gegen die sich die CDU in Bund und Land heftig wehrt.

VERKEHRSSICHERHEIT

ZU BESUCH IN BROGGINGEN



Auf Einladung der SPD-Gemeinderatsfraktion und Vertreter*innen des Herbolzheimer Verkehrsausschuss, war ich zu Besuch im Stadtteil Broggingen. An der dortigen Hauptstraße fehlt für die angrenzende Schule ein Zebrastreifen bzw. eine sichere Möglichkeit die Straße zu überqueren.

Das Thema Verkehrssicherheit spielt gerade in der Nähe zu Kitas und Schulen eine wichtige Rolle. Vor allem Kinder überqueren häufig unerwartet und spontan nicht einsehbare Straßenabschnitte. Doch das Land und die untere Verkehrsbehörde haben starre Vorgaben in Bezug auf den Eingriff in den Straßenverkehr. Ein Zebrastreifen bzw. eine Tempo-30-Zone kann nicht ohne Weiteres umgesetzt werden - hierfür bedarf es bestimmter Mindestanforderungen, wie einer Mindestanzahl an Verkehrsteilnehmern auf dem entsprechenden Straßenabschnitt. Ich habe zugesagt, im Rahmen einer parlamentarischen Initiative gefährliche Übergangswege im Landkreis Emmendingen abzufragen. Zudem möchte ich im Rahmen meiner Kampagne **#sichererSchulwegEmmendingen** Eltern bitten, mir gefährliche Schulwege und Straßenübergänge im Landkreis zu melden.

ERSTWÄHLER*INNEN

VERANSTALTUNG IN SIMONSWALD



Auf Initiative der gemeinsamen Freien Wähler/SPD-Liste war ich gemeinsam mit meinem persönlichen Referenten Pavlos Wacker zu Gast in Simonswald, um Erstwähler*innen auf die anstehenden Kommunal- und Europawahl aufmerksam zu machen.

Mein Mitarbeiter Pavlos - der in der politischen Bildungsarbeit bereits viele Erstwählerveranstaltungen organisiert und moderiert hat - führte gleich zu Beginn in das Wahlsystem, die eigene Rolle in der Gemeinde und die Wichtigkeit von Kommunalwahlen ein. Mir war es besonders wichtig, auch auf die Europawahl aufmerksam zu machen. Es ist wahrscheinlich die wichtigste Europawahl, die wir je hatten. Gerade junge Menschen müssen für unser geeintes Europa jeden Tag aufs Neue eintreten. Der gelungene Abend hat mir wieder eindrücklich gezeigt, wie wichtig Erfahrungsräume für Demokratielernen sind. Kinder und Jugendliche müssen in unsere Demokratie hineinwachsen und erleben dürfen, was das was wir Erwachsene unter dem Begriff „Politik“ verstehen, wirklich ist.

FAHRPLANÄNDERUNG

BAHNHOF EMMENDINGEN



Zu Jahresbeginn erfuhr ich von einer möglichen Fahrplanverschiebung des Regionalverkehrs am Bahnhof in Emmendingen. Kurzerhand erkundigte ich mich beim Landratsamt und richtete eine parlamentarische Anfrage an das zuständige Verkehrsministerium. Die Antworten liegen nun vor.

Tatsächlich werden sich die Züge am Bahnhof Emmendingen nach den Plänen des Verkehrsministeriums in Zukunft nicht mehr begegnen. Zudem wird der Regionalexpress nicht mehr jede Stunde zur gleichen Zeit halten. Zwischen der geraden und der ungeraden Stunde wird es Verschiebungen von rund 20 Minuten geben. Das neue Fahrplankonzept - welches vom Verkehrsministerium zum Juni 2020 eingeführt werden soll - sieht einen schnellen und einen langsamen Regionalexpress vor. Aktuell begegnen sich die Züge aus Freiburg und Offenburg zur Minute 15 und zur Minute 40. In Zukunft jedoch soll die S-Bahn in Richtung Freiburg zur Minute 42, der schnellere Regionalexpress zur ungeraden Stunde zur Minute 03 und der

langsamere Regionalexpress zur geraden Stunde zu Minute 20 abfahren. Die S-Bahn in Richtung Offenburg hingegen wird voraussichtlich zur Minute 15, der schnellere Regionalexpress in der geraden Stunde zur Minute 53 und der langsamere Regionalexpress in der ungeraden Stunde zur Minute 43 fahren. Die geplanten Zeiten lassen somit keinen vernünftigen Busanschluss in Emmendingen mehr zu.

Auf meine Nachfrage beim zuständigen Ministerium verwies man darauf, dass man nicht alle Wünsche berücksichtigen könne. Stattdessen sehe das Land „Aufgabenträger des Busverkehrs“ in der Verantwortung „passende Anschlussverknüpfungen“ herzustellen. Für mich ist vollkommen unverständlich, dass man bei der Erstellung von Verkehrsplänen anscheinend keine Gesamtschau in Erwägung zieht. Dass jetzt Pendlerinnen und Pendler am Bahnhof Emmendingen auf alternative An- und Abreisemöglichkeiten zu den Zügen angewiesen sind, ist für mich Zeichen verfehlter Verkehrspolitik. Es ist vollkommen widersinnig, einerseits Pendler von der Straße holen zu wollen und im selben Atemzug die Verantwortung auf die Kommunen abzuwälzen. Auch der Teninger Bürgermeister Heinz-Rudolf Hagenacker zeigt sich enttäuscht von den Plänen der Landesregierung: „Das ist eine massive Verschlechterung der ohnehin schon schwierigen Situation auf der Rheintalbahn. Den Kommunen wird es nahezu unmöglich eine halbwegs akzeptable Taktung der Zubringerbusse zu organisieren. Damit werden die Gemeinden alleine gelassen. Diese Fahrplanumstellung wirft uns im Bemühen um einen nachhaltigen Taktverkehr um Jahre zurück. Darum fordere ich, dass hier nochmals deutlich nachgebessert wird“, so Hagenacker.

Nachholbedarf gibt es auch beim Thema Pünktlichkeit und Zugausfälle. Über 10% der Züge auf der Strecke Freiburg-Emmendingen-Offenburg sind zu spät. Hierbei sind Verspätungen unter sechs Minuten noch nicht einmal statistisch berücksichtigt. Erschwerend kommt hinzu, dass in den vergangenen drei Jahren 843 Züge auf dieser Strecke ausgefallen sind. Das darf kein Dauerzustand sein. Hier findet ihr meine kleine Anfrage.

Europa - Was geht das mich an?

„Europa macht Schule - Misch dich ein!“ – so lautet Motto steht des Jugendtags am 13. Mai im Landtag von Baden-Württemberg. Die diesjährige Veranstaltung setzt zugleich ein wichtiges Signal für ein weltoffenes tolerantes Europa, denn unter den rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die an diesem Tag zusammenkommen und mit uns Abgeordneten diskutieren, sind erstmals auch Schülerinnen und Schüler aus den drei Partnerregionen Baden-Württembergs – der Lombardei, aus Katalonien und der Region Auvergne-Rhône-Alpes. Das freut mich sehr, denn solche Begegnungen sind es, die Europa ausmachen – persönliche Kontakte und Beziehungen aus denen Freundschaften entstehen, wo nationale und sprachliche Grenzen in den Hintergrund treten. Dies ist wichtig und richtig, denn unsere Zukunft steht und fällt mit Europa. Nur gemeinsam lassen sich etwa die drängenden Fragen zum Schutz des Klimas und der Umwelt lösen, und nur gemeinsam hat Europa in der Welt Gewicht. Das haben die Schülerinnen und Schüler erkannt, die seit Wochen jeden Freitag auf die Straße gehen, der Politik auf allen Ebenen und mächtigen Konzernen ins Gewissen reden, endlich schnell und wirksam etwas gegen die fortschreitende Erderwärmung, die Luftverschmutzung, das Artensterben, die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und Umwelt zu unternehmen. Wir alle tun gut daran, diese jungen Leute, die sich aus Überzeugung engagieren und bereit sind, ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen,

ernst zu nehmen und nicht als Schulschwänzer abzukanzeln! Klima- und Umweltschutz geht uns alle an. Jede einzelne Maßnahme ist wichtig – lokal, regional, national, aber um zum Erfolg zu kommen, braucht es koordinierte Konzepte – international und global.

Und was trägt Europa dazu bei? Mit großer Mehrheit hat das Europaparlament am 17. April 2019 die Fortsetzung des [Umwelt- und Klimaprogramms LIFE](#) verabschiedet. Vorgesehen sind 3,2 Mrd. Euro, wobei die SPD-Fraktion im EU-Parlament **eine Verdoppelung** fordert. Das Programm läuft bereits seit 1992 und fördert Projekte in den Bereichen Naturschutz, Kreislaufwirtschaft, Klimaschutz und Energiewende. Über die endgültige Summe entscheiden das neue EU-Parlament und die künftige EU-Kommission – nach der Europawahl.

Ein Europa, das sein Klima schützt. Dafür sind saubere Mobilität, Energie und Landwirtschaft unverzichtbar. Wenn der Klimawandel aufgehalten werden soll, dann schaffen das einzelne Staaten nicht allein. So hat die SPD-Fraktion im EU-Parlament schon frühzeitig eine europäische Energiewende und ehrgeizige Ziele zur Minderung von Treibhausgasen bis zum Jahr 2030 gefordert und gegen konservative Blockaden eine stärkere Förderung von erneuerbaren Energien bei der Energieerzeugung durchgesetzt. Strom und Wärme sollen für alle erschwinglich bleiben.

Die europäische Energiewende darf nicht auf dem Rücken der Haushalte stattfinden, die ohnehin bereits unter ihren Stromkosten leiden. Weiterführende Informationen gibt's in der [Bilanzbroschüre](#) der SPD-Fraktion im Europa-Parlament.

Es geht um unser Klima, den Umweltschutz und die Frage, welche Welt wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen wollen. Auch darüber entscheiden wir bei der Europa-Wahl am 26. Mai. Die Europäische Bewegung Deutschland e.V. hat die Aussagen und Ziele der wichtigsten Parteien in einer [Übersicht](#) zusammengestellt. Wer die verschiedenen Positionen der Parteien einsehen möchte, kann dies beim [Wahlomat](#) online testen.

Daher mein ausdrücklicher Appell: Bitte lasst euer demokratisches Recht bzw. eure Stimme nicht verfallen. Geht wählen! Europa geht uns alle an und die gemeinsame europäische Zukunft in Frieden und Freiheit darf uns nicht gleichgültig sein!